

PROTOKOLL

5. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Steffisburg

Freitag, 27. August 2021

17:00 - 18:30 Uhr, **Aula Schönau, Steffisburg**

Vorsitz	Rüfenacht Michael, GGR-Präsident 2021
Sekretär	Zeller Rolf, Gemeindeschreiber
Protokoll	Neuhaus Marianne, Verwaltungsangestellte
Mitglieder	Die Mitte Zulg Rüfenacht Michael (Präsident GGR) Weber Yvonne EDU Berger Bruno Gerber Urs Habegger Simon EVP Bachmann Patrick (1. Vizepräsident GGR) Jakob Ursula Schweizer Thomas FDP Berger Marco Brandenberg Monika (Stimmzählerin; abwesend) Feuz Beatrice (a.o. Stimmzählerin) Rohrbach Gyger Rosette Rothacher Thomas GLP Christen Ruedi Gisler Daniel Hürlimann-Zumbrunn Maya Neuhaus Reto SP Alessio Verena Döring Matthias Fuhrer Eduard Hug Gabriela (Stimmzählerin) Messerli Beat Messerli-Frei Manuela Rüthy Sebastian Schmutz Daniel SVP Altorfer Christa Brebühl Fritz (ab 17.10 Uhr; einleitende Worte Präsidium) Jakob Reto (Präsident AGPK) Marti Hans Rudolf Marti Werner Maurer Hans Rudolf (2. Vizepräsident GGR) Saurer Ursula

	Schwarz Stefan Wittwer Adrian		
Davon entschuldigt	Brandenberg Monika Gerber Urs Hürlimann Maya Rüthy Sebastian Schwarz Stefan Wittwer Adrian		
Anwesend zu Beginn	27		
Absolutes Mehr	14		
Mitglieder Gemeinderat	Berger Hans Gerber Christian Joder Stüdle Bettina Marti Jürg Moser Konrad E. Schenk Marcel Schwarz Elisabeth	Departementsvorsteher Bildung Departementsvorsteher Hochbau/Planung Departementsvorsteherin Sicherheit Departementsvorsteher Präsidiales Departementsvorsteher Finanzen Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt Departementsvorsteherin Soziales	glp EDU SP SVP FDP SP SVP
Davon entschuldigt	Schenk Marcel Joder Stüdle Bettina		
Anwesende Vertreter Verwaltung	Müller Hansjürg, Leiter Sicherheit (bis 18.10 Uhr) Schneider Fabian, Stv. Gemeindeschreiber Zeller Rolf, Gemeindeschreiber		
Medienschaffende	2		
Zuhörer	5		
Gäste/Referenten			

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird unverändert einstimmig genehmigt.

Ersatzwahl Stimmzählerin

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Stimmzählerin Monika Brandenberg (FDP) heute Abend abwesend ist. Deshalb muss eine ausserordentliche stimmzählende Person gewählt werden.

Wahlvorschlag

Die FDP-Fraktion schlägt Beatrice Feuz (FDP) zur Wahl als Ersatz-Stimmzählerin für die heutige Sitzung vor.

Der Vorschlag wird auf Nachfrage des Vorsitzenden durch den Grossen Gemeinderat nicht vermehrt.

Wahl

Einstimmig wird Beatrice Feuz (FDP) als ausserordentlicher Stimmzähler für die heutige Sitzung gewählt.

Der Vorsitzende erklärt die Zählzuständigkeit.

Todesfall Daniel Bögli

Der Vorsitzende verkündet folgende Nachricht:

"Letzte Woche erhielt die Gemeinde ein Leidzirkular mit der traurigen Mitteilung, dass Daniel Bögli ganz überraschend krankheitsbedingt verstorben ist. Daniel Bögli war vielen von uns und auch im Dorf bestens bekannt. Er war nebst vielen anderen Engagements seit einigen Jahren auch politisch aktiv.

Protokoll Grosser Gemeinderat vom Freitag, 27. August 2021

Von 2015 bis 2018 war er BDP-Mitglied des Grossen Gemeinderates und seit 2015 Mitglied der Sicherheitskommission. Wir haben ihn als aufgestellten, fröhlichen und engagierten Menschen kennengelernt. Und als das wird er uns sicher in Erinnerung bleiben. Im Namen von uns allen möchte ich vorab seiner Frau Barbara sowie allen weiteren Hinterbliebenen unser herzliches Beileid aussprechen und wünsche ihnen viel Kraft und Trost in der schwierigen Zeit des Abschieds. Wir wollen für einen kurzen Moment innehalten."

Aktuelle Situation zur Corona-Pandemie; Einleitung

Der Vorsitzende macht auf das geltende Schutzkonzept aufmerksam. Den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates wird, wie von Bruno Berger im Rahmen einer persönlichen Erklärung am 19. März 2021 gewünscht, das Schutzkonzept in physischer Form ab sofort ohne die aktuelle Covid-Verordnung und das dazugehörige Merkblatt zugestellt. Die komplette Fassung wird den Ratsmitgliedern nur noch in elektronischer Form (siehe Anhänge mit aktuellster verfügbarer Covid-Verordnung BAG; <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2020/438/de>) abgegeben sowie auf der Homepage publiziert. Damit kann dem ökologischen Gedanken nachgelebt werden.

Die Sitzung des Grossen Gemeinderates ist öffentlich. Aufgrund der durch den Regierungsrat des Kantons Bern beschlossenen Massnahmen gilt an der Sitzung die Maskenpflicht für alle. Ausgenommen sind Personen, die nachweisen können, dass sie aus besonderen Gründen, insbesondere medizinischen, keine Gesichtsmaske tragen können. Einzig Rednerinnen und Redner im Grossen Gemeinderat dürfen beim Sprechen die Maske ablegen. Die Gäste haben zwingend ihre Kontaktdaten anzugeben, welche auf einer Liste erfasst, 14 Tage aufbewahrt und danach vernichtet werden.

VERHANDLUNGEN

2021-57 Grosser Gemeinderat (GGR); Mutation im Rat (Demission Brunke Lengacher Regula, SP; Nachrücken Messerli-Frei Manuela, SP)

Traktandum 1, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registatur

10.060.008 Personelles / Mutationen im Rat

Ausgangslage

Regula Brunke Lengacher (SP) hat mit Brief vom 4. Mai 2021 ihren Rücktritt als Mitglied des Grossen Gemeinderates per Ende Juni 2021 bekannt gegeben. Vom 1. Januar 2019 bis 30. Juni 2021 gehörte sie als Vertreterin der SP dem Parlament an.

Stellungnahme Gemeinderat

Gemäss Wahlprotokoll vom 25. November 2018 figurieren Daniel Ott, Peter Zimmermann und Debora Messerli als nächstfolgende Ersatzpersonen auf der Wahlliste der SP. Alle drei haben schriftlich den Verzicht auf ein Nachrücken erklärt. Schliesslich hat die nächste Kandidatin auf der SP-Wahlliste, Manuela Messerli-Frei mit Schreiben vom 12. Juni 2021 erklärt, das Parlamentsmandat anzunehmen.

Gestützt auf das Wahlprotokoll vom 25. November 2018, welches als Basis für das Nachrücken gilt, und der schriftlichen Zusage hat der Gemeinderat mit Amtsantritt per 1. Juli 2021 das Nachrücken der folgenden Ersatzkandidatin bestätigt:

Name/Vorname	Anschrift	PLZ/Ort	Partei
Messerli-Frei Manuela	Astrastrasse 11 a	3612 Steffisburg	SP

Antrag (Kenntnisnahme)

1. Von der Demission von Regula Brunke Lengacher (SP) als Mitglied des Grossen Gemeinderates per 1. Juli 2021 wird Kenntnis genommen.
2. Vom Nachrücken der Ersatzkandidatin Manuela Messerli-Frei auf der Wahlliste der SP gemäss Wahlprotokoll vom 25. November 2018 wird Kenntnis genommen.
3. Eröffnung an:
 - Regula Brunke Lengacher, Homburgstrasse 38, 3612 Steffisburg (Dankesschreiben)
 - Manuela Messerli-Frei, Astrastrasse 11 a, 3612 Steffisburg (Bestätigungsschreiben)

Protokoll Grosser Gemeinderat vom Freitag, 27. August 2021

- Präsidium SP Steffisburg
- Präsidiales (Internet + Behördenverzeichnis)
- Präsidiales (10.060.008)

Behandlung

Der Vorsitzende heisst Manuela Messerli-Frei (SP) im Rat willkommen und wünscht ihr viel Freude und Befriedigung.

Beschluss

1. Von der Demission von Regula Brunke Lengacher (SP) als Mitglied des Grossen Gemeinderates per 1. Juli 2021 wird Kenntnis genommen.
2. Vom Nachrücken der Ersatzkandidatin Manuela Messerli-Frei auf der Wahlliste der SP gemäss Wahlprotokoll vom 25. November 2018 wird Kenntnis genommen.
3. Eröffnung an:
 - Regula Brunke Lengacher, Hombergstrasse 38, 3612 Steffisburg (Dankesschreiben)
 - Manuela Messerli-Frei, Astrastrasse 11 a, 3612 Steffisburg (Bestätigungsschreiben)
 - Präsidium SP Steffisburg
 - Präsidiales (Internet + Behördenverzeichnis)
 - Präsidiales (10.060.008)

2021-58 **Grosser Gemeinderat (GGR); Mutation im Rat (Demission Müller Kevin, FDP; Nachrücken Rohrbach Gyger Rosette, FDP)**

Traktandum 2, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registatur

10.060.008 Personelles / Mutationen im Rat

Ausgangslage

Kevin Müller (FDP) hat am 27. April 2021 seinen Rücktritt als Mitglied des Grossen Gemeinderates per Ende Juni 2021 bekannt gegeben. Vom 1. Januar 2019 bis 30. Juni 2021 gehörte er als Vertreter der FDP dem Parlament an.

Stellungnahme Gemeinderat

Gemäss Wahlprotokoll vom 25. November 2018 wurde als nächste Ersatzkandidatin auf der Liste der FDP Rosette Rohrbach Gyger zur Mitarbeit im Grossen Gemeinderat angefragt. Mit Schreiben vom 23. Mai 2021 erklärte sie die Annahme des Mandates.

Gestützt auf das Wahlprotokoll vom 25. November 2018, welches als Basis für das Nachrücken gilt, und der schriftlichen Zusage hat der Gemeinderat mit Amtsantritt per 1. Juli 2021 das Nachrücken der folgenden Ersatzkandidatin bestätigt:

Name/Vorname	Anschrift	PLZ/Ort	Partei
Rohrbach Gyger Rosette	Ortbühlweg 74 d	3612 Steffisburg	FDP

Antrag Gemeinderat

1. Von der Demission von Kevin Müller (FDP) als Mitglied des Grossen Gemeinderates per 30. Juni 2021 wird Kenntnis genommen.
2. Vom Nachrücken der Ersatzkandidatin Rosette Rohrbach Gyger auf der Wahlliste der FDP gemäss Wahlprotokoll vom 25. November 2018 wird Kenntnis genommen.
3. Eröffnung an:
 - Kevin Müller, Hombergstrasse 58, 3612 Steffisburg (Dankesschreiben)
 - Rosette Rohrbach Gyger, Ortbühlweg 74 d, 3612 Steffisburg (Bestätigungsschreiben)
 - Co-Präsidium FDP. Die Liberalen
 - Präsidiales (Internet + Behördenverzeichnis)
 - Präsidiales (10.060.008)

Behandlung

Der Vorsitzende heisst Rosette Rohrbach Gyer (FDP) im Rat willkommen und wünscht ihr viel Freude und Befriedigung.

Beschluss

1. Von der Demission von Kevin Müller (FDP) als Mitglied des Grossen Gemeinderates per 30. Juni 2021 wird Kenntnis genommen.
2. Vom Nachrücken der Ersatzkandidatin Rosette Rohrbach Gyger auf der Wahlliste der FDP gemäss Wahlprotokoll vom 25. November 2018 wird Kenntnis genommen.
3. Eröffnung an:
 - Kevin Müller, Hombergstrasse 58, 3612 Steffisburg (Dankesschreiben)
 - Rosette Rohrbach Gyger, Ortbühlweg 74 d, 3612 Steffisburg (Bestätigungsschreiben)
 - Co-Präsidium FDP. Die Liberalen
 - Präsidiales (Internet + Behördenverzeichnis)
 - Präsidiales (10.060.008)

2021-59 Protokoll der Sitzung vom 18. Juni 2021; Genehmigung

Traktandum 3, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registratur

10.060.006 Protokolle

Beschluss

1. Das Protokoll der Sitzung vom 18. Juni 2021 wird ohne Abänderungen einstimmig genehmigt.

2021-60 Informationen des Gemeindepräsidiums

Traktandum 4, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registratur

10.060.000 Grosser Gemeinderat; allgemeine Unterlagen

Der Gemeindepräsident informiert über die nachstehenden Themen:

60.1 Ortsplanungsrevision (OPLA)

Jürg Marti informiert über die laufende Ortsplanungsrevision und die geführten Einspracheverhandlungen, welche letzte Woche abgeschlossen wurden. Aktuell wird das Geschäft zuhanden des Gemeinderates aufbereitet. Dieser wird über die offenen Einsprachen entscheiden. Werden keine wesentlichen Änderungen beschlossen, kann die Abstimmungsbotschaft inklusive den Planungsinstrumenten (Baureglement, Zonenpläne Nord und Süd, Zonenpläne Gewässerraum Nord und Süd und Schutzzonenplan) dem Parlament an der letzten Sitzung im 2021 vorgelegt werden. Ein zentraler Punkt der Einsprachen ist die unüberbaute Pfrundmatte. Hierzu werden dem Gemeinderat mögliche Ansätze zu einem Kompromiss noch präsentiert. Klar ist, dass die wichtige Versorgung mit genügend und zukunftsorientierten Pflegeplätzen sichergestellt werden kann.

60.2 RAUM 5

Nebst den Arbeiten zum grössten Bauvolumen in Zusammenarbeit mit der BKW und der HRS wurden auch Planungsarbeiten zu den anderen drei Bauvolumen im Sinne von Machbarkeitsstudien zur Nutzung aufgenommen. Seit einigen Monaten stehen die Verantwortlichen der Gemeinde in Kontakt mit weiteren Interessenten, mit welchen die räumlichen Bedürfnisse betrachtet werden. Sobald Klarheit über die Machbarkeit (baulich und wirtschaftlich) besteht und die Rechtsgrundlagen vorliegen, wird der Grosse Gemeinderat weiter orientiert.

Damit mit dem Start zu den Bauarbeiten auch die Detailerschliessung entlang des Bahnhofs Steffisburg unter anderem auch für die zukünftige Tangentiallinie der STI Steffisburg Dorf – Thun Süd realisiert werden kann, wird dem Parlament ein entsprechender Kreditantrag unterbreitet (anlässlich der nächsten oder der übernächsten Sitzung).

60.3 Schul-, Kultur- und Sportanlage Schönau

Jürg Marti dankt den Fraktionen für die Teilnahme an der Vernehmlassung zum Projekt Schul-, Kultur- und Sportanlage Schönau. Es konnte eine hohe Akzeptanz zum Projektstand festgestellt werden. Der eingeschlagene Weg wird fortgesetzt und die Anpassungen werden basierend auf der Grundhaltung aus der Vernehmlassung umgesetzt. Aktuell wird geprüft, ob allenfalls anlässlich der letzten Sitzung des Parlaments genügend Fakten und Pläne vorliegen, damit die Abstimmungsbotschaft zum Gesamtkredit dem Grossen Gemeinderat vorgelegt werden kann.

60.4 Pensionskasse der Gemeinde Steffisburg

Bereits vor einigen Jahren wurde dem Parlament mitgeteilt, dass für die "eigene" Pensionskasse eine Anschlusslösung in eine grössere Sammelstiftung angestrebt wird. Längere Zeit konnte dieser Weg nicht weiterverfolgt werden, da eine Ausfinanzierung zu teuer gewesen wäre, sprich die Gemeinde hätte mehrere Millionen einschiessen müssen.

Mit der Gesundung der Pensionskasse der Gemeinde Steffisburg wurde im letzten Jahr der Prozess zu einer Anschlusslösung in Angriff genommen. Die Vorarbeiten sind soweit fortgeschritten, dass Mitte September 2021 die Versicherten zur Beschlussfassung über die Anschlusslösung eingeladen werden und an der Oktober-Sitzung des Grossen Gemeinderats das Geschäft behandelt werden kann. Mit der vorliegenden Lösung können die bisherigen Leistungen weiterhin gewährt und die Kosten reduziert werden.

60.5 Personalmutationen (keine mündliche Orientierung)

Austritte:

Name	Funktion/Abt.	Austritt	Bemerkungen
Koller Neel	Kaufm. Lernender 2. Lehrjahr	31.07.2021	Wechsel Lehrbetrieb
Senn Flavia	Stabsmitarbeiterin Energie/Mobilität/Naturschutz, Abt. Tiefbau/Umwelt	31.08.2021	Befristete Anstellung
Linder Andrea	Sachbearbeiterin Buchhaltung, Abt. Finanzen	30.09.2021	
Bächler Verena	Badmeisterin, Abt. Hochbau/Planung	30.09.2021	Befristete Saisonstelle
Berger Ramona	Badmeisterin, Abt. Hochbau/Planung	30.09.2021	Befristete Saisonstelle
Reber Beat	Bereichsleiter Bauinspektorat, Abt. Hochbau/Planung	31.10.2021	

Mutationen:

Name	Funktion/Abt.	Mutation	Bemerkungen
Gurtner Rico	Bisher: Verfahrensleiter Bauinspektorat, Abt. Hochbau/Planung Neu: Bereichsleiter Bauinspektorat, Abt. Hochbau/Planung	01.10.2021	Ersatz von Reber Beat

Eintritte:

Name	Funktion/Abt.	Eintritt	Bemerkungen
Ramseyer Michèle	Kaufm. Vorlehre	01.08.2021	
Reisch Franziska	Stabsmitarbeiterin Gemeindepräsidium, Abt. Präsidiales	01.08.2021	Neue Stelle
Stern Kathrin	Gärtnerin, Abt. Tiefbau/Umwelt	01.09.2021	Ersatz Schneider Thomas, der nach Pensionierung von Kunz Alfred für den Friedhof verantwortlich ist.
Fuchser Karin	Kauffrau Steuern, Abt. Finanzen	01.10.2021	Ersatz Dähler Melissa

Bühler Michael	Sachbearbeiter Planung und Einsatz, Abt. Sicherheit	01.12.2021	Ersatz Gerhard von Gunten, welcher per 30. November 2021 in Pension geht.
Itten Hansjakob	Projektleiter Hochbau, Abt. Hochbau/Planung	01.01.2022	Ersatz Maurus Jens

2021-61 Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK); Ersatzwahl für Brunke Lengacher Regula (SP); Wahlvorschlag Sebastian Rütly (SP)

Traktandum 5, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registratur

10.091.001 Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission

Ausgangslage

Regula Brunke Lengacher (SP) hat ihren Rücktritt als Mitglied des Grossen Gemeinderates und damit zusammenhängend auch aus der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK) per 30. Juni 2021 bekannt gegeben. Sie gehörte der AGPK seit dem 21. August 2020 an.

Ersatzvorschlag

Die SP-Fraktion schlägt gemäss Nomination vom 22. Juli 2021 zur Wahl vor:

Name/Vorname	Adresse	PLZ/Ort	Partei
Rütly Sebastian	Kirchfeldstrasse 9	3613 Steffisburg	SP

Wahl

Eduard Fuhrer (SP) teilt mit, dass Sebastian Rütly heute Abend leider nicht anwesend ist. Sebastian Rütly sei jedoch motiviert und gewillt, in der AGPK mitzuwirken. Der Vorschlag der SP-Fraktion wird nicht vermehrt.

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss (Wahl)

1. Sebastian Rütly, Kirchfeldstrasse 9, 3613 Steffisburg, wird als Mitglied und Vertreter der SP-Fraktion in die Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK) gewählt. Er ersetzt die per 30. Juni 2021 zurückgetretene Regula Brunke Lengacher (SP).
2. Die Amtsdauer beginnt am 27. August 2021 und endet am 31. Dezember 2022 (Legislaturende GGR).
3. Eröffnung an:
 - Sebastian Rütly, Kirchfeldstrasse 9, 3613 Steffisburg (mit Wahlanzeige)
 - AGPK-Präsidium 2021
 - Präsidium SP Steffisburg
 - Finanzen
 - Präsidiales (Sekretariat GGR)
 - Präsidiales (Internet)
 - Präsidiales (10.091.001)

2021-62 Motion der glp/BDP-Fraktion betr. "Geschäfte des Grossen Gemeinderates" (2021/04); Behandlung

Traktandum 6, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registratur

10.061.001 Motionen

Ausgangslage

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 30. April 2021 reichte die glp/BDP-Fraktion eine Motion mit dem Titel "Geschäfte des Grossen Gemeinderates" (2021/04) ein.

Begehren

Der Gemeinderat (GR) wird beauftragt, den Grossen Gemeinderat (GGR) von Beginn weg in wesentliche Geschäfte mit einzubeziehen, welche später in die Kompetenz des GGR fallen werden. Der Gemeinderat überarbeitet dazu die entsprechenden Reglemente und legt diese zur Genehmigung dem Grossen Gemeinderat vor.

Begründung

Grössere oder komplexe Geschäfte werden meistens über einen längeren Zeitraum von der Verwaltung und GR geplant und erscheinen kaum auf dem Radar des Grossen Gemeinderats (ausgenommen sind Geschäfte, in denen bereits der Planungskredit in die Kompetenz des GGR fällt). In frühen Phasen der Projekte werden vom Gemeinderat oftmals wegweisende Entscheidungen getroffen, in diese sich später der Grosse Gemeinderat bei seiner Beratung kaum mehr einbringen kann oder schlicht keinen Gestaltungsraum mehr besitzt. Kommt das Geschäft dann in den GGR, bleiben dem Rat maximal 2 Wochen Zeit sich in die umfangreichen Dossiers einzulesen, um sich eine Meinung bilden zu können. Diese Zeit ist für grosse Geschäfte äusserst knapp und wichtige Details bleiben dem GGR daher oft verborgen. Auch hat sich die Art der Geschäfte dahingehend geändert, als dass oftmals keine Zeit für eine Ablehnung mehr bleibt, da Folgekosten entstehen können oder bereits anderweitige Abhängigkeiten bestehen. Die Folge aus knapper Zeit und fehlender Beteiligung ist, dass der GGR diesen Geschäften oftmals eher zähneknirschend zustimmen muss. In diesem Zusammenhang fiel im GGR auch schon die harte, aber oft auch treffende Bezeichnung: das Parlament sei ein «Nicker-Gremium».

Mit dieser Motion möchte die glp/BDP-Fraktion einen Prozess anstossen, an dessen Ende der GGR bei grossen Geschäften früher zu Beteiligten gemacht wird. Wir überlassen es dem GR, welche Mittel er dazu wählt. Wir können uns vorstellen, dass die ständigen Kommissionen diese Arbeit für den GGR übernehmen könnten. Dies würde die Arbeit in den Kommissionen spannender machen und ihnen daraus eine wichtige Aufgabe übertragen werden. Wir gehen davon aus, dass eine frühere Einbindung des GGR in grössere Geschäfte zudem deren Akzeptanz verbessern wird. Schön wäre, wenn der GR bereits bei der Umsetzung dieser Motion deren Ziel bereits umsetzt und von Anfang an den GGR mit einbezieht.

Dass nicht alle Geschäfte in frühen Phasen in den GGR (oder Kommissionen) kommen müssen, erscheint uns selbstverständlich. Der GR soll dazu eine oder mehrere Limiten definieren. Diese könnten einen bestimmten Betrag sein (z. B. Kreditsumme über 500'000 CHF), erhöhte Brisanz (z. B. bei emotionalen Themen wie dem Friedhof) oder ähnliche, nachvollziehbare Gründe.

Wir sind der Meinung, dass das Parlament einen guten Beitrag zur Ausarbeitung von Geschäften leisten und später in den Beratungen daher auch fundierter argumentieren kann.

Stellungnahme Gemeinderat

1. Kernanliegen Motion und Beurteilung heutige Situation

Die Motion enthält zwei Kernanliegen, nämlich den möglichst frühzeitigen Einbezug des Parlaments bei wesentlichen Geschäften und dessen Stipulierung in einem Erlass.

Dem Gemeinderat ist eine optimale Zusammenarbeit mit dem Parlament wichtig. Nur gemeinsam können die besten Lösungen gefunden werden, welche politisch und bei der Bevölkerung schlussendlich auf Akzeptanz stossen. Der Gemeinderat pflegt bereits heute mit dem Parlament eine offene und transparente Informationspolitik. Im Standardtraktandum "Informationen des Gemeindepräsidiums" wird bereits heute regelmässig über den aktuellen Stand bei den grossen Geschäften mit oder ohne politische Brisanz informiert. Beispiele dafür sind: Ortsplanungsrevision und Ortsentwicklung / Schul-, Kultur- und Sportanlage Schönau / Überbauungen [Dükerweg, Scheidgasse inkl. Bauernhaus, Raum 5, Cremo-Areal sowie Bodenpolitik generell], Projekte [Hochwasserschutz mit Längsvernetzung Zulg, Fusion Schwendibach, Medizentrum Landhaus, Bypass Thun Nord, Dorfplatz, Art Container, Pausenplatzgestaltung, Strassenbeleuchtung, Verkehrsmassnahmen etc.] sowie über aktuelle Themen (Kulturgarten, Coronapandemie, Nutzung Höchhus, Pensionskasse, Neuorganisation Friedhofgärtnerei, Umsetzung Anliegen Pumptrack etc.).

Über Grossvorhaben wie zum Beispiel das Raumentwicklungskonzept der Gemeinde Steffisburg (Sitzung vom 27.04.2018), die Ortsplanungsrevision OPLA 2020 (Sitzung 15.03.2019) oder die neue Schul-, Kultur- und Sportanlage Schönau (Sitzung vom 18.06.2021) wurden in jüngster Vergangenheit separate Informationstraktanden mit ausführlichen Präsentationen im Parlament durchgeführt und dazu die Meinungsäusserungen der Ratsmitglieder abgeholt. Unterstützend wurde beim Projekt Schul-, Kultur- und Sportanlage Schönau im Nachgang zur Orientierung noch zusätzlich eine Vernehmlassung zu Kernfragen bei den Fraktionen initiiert. Ende 2015 wurde zudem eine Schulung zum Thema HRM2 im Hinblick auf künftige Budgetdebatten als Informationstraktandum durchgeführt unter Beizug einer externen Fachperson.

Jedes Geschäft, welches dem Parlament unterbreitet wird, wird durch den Gemeinderat behandelt. Je nach Thema finden dazu bereits vorberatende Diskussionen in den zuständigen Kommissionen gemäss deren Aufgabenbeschrieb in der Organisationsverordnung bzw. dem Reglement über die ständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates statt (z.B. Finanzplan/Budget in Finanzkommission) statt.

Bei grösseren Bauvorhaben oder Projekten setzt der Gemeinderat zudem nicht ständige Kommission oder Begleit- bzw. Steuerungsgruppen ein, deren Zusammensetzung variabel und individuell aus Fach-

personen bzw. politischen Vertretern bestehen. Diese Gremien leisten wertvollen Beiträge, welche in die Ausführungsprojekte einfließen und mitberücksichtigt werden (z.B. Steuerungsgruppe Revision Ortsplanung; interkommunale Projektgruppe Fusion Schwendibach, nicht ständige Kommission Kindergarten Glockenthal, Begleitgruppe Landwirtschaftliche Planung etc.). Zudem hat der Gemeinderat bereits im Jahr 2010 ein Projektcontrolling eingeführt, welches zwingend einen ausführlichen Projektbescrieb für alle Projekte über CHF 150'000.00 erfordert. Der Grosse Gemeinderat wurde im März 2010 über das Controlling in der Gemeindeverwaltung und das Projektcontrolling im Speziellen informiert.

In unseren Erlassen, namentlich in der Gemeindeordnung, in der Organisationsverordnung und im Reglement über die ständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates sind einerseits die Kompetenzregelungen auf den verschiedenen Stufen sowie die erforderlichen Regelungen und Aufgabenbeschriebe von ständigen und nicht ständigen Kommissionen geregelt. Der Gemeinderat erachtet diese Vorschriften als zeitgemäss und umfassend, um die vielfältigen Aufgaben breit abgestützt erfüllen zu können. Aus seiner Sicht braucht es hierzu keine neuen Instrumente.

Abschliessend darf auch erwähnt werden, dass seit 2008, also in den letzten 14 Jahren, nur gerade drei Sachgeschäfte (Verpflichtungskredit Schwäbisstrasse vom 29.11.2019; Grundsatzbeschluss über Reduktion Anzahl GR-Mitglieder vom 22.08.2008 und Gemeindeinitiative "Für einen 2-jährigen Kindergartenbesuch" vom 19.10.2007) direkt abgelehnt bzw. zwei Sachgeschäfte (Nachkredit Gummweg vom 23.01.2009 und Verpflichtungskredit Fensterersatz altes Gemeindehaus vom 06.03.2009) durch das Parlament zur Nachbesserung an den Gemeinderat zurückgewiesen wurden. Das zeugt doch von grossem Vertrauen in die Arbeit der vorberatenden Gremien.

2. Möglichkeiten und Grenzen einer Regelung

Der Gemeinderat verschliesst sich einem früheren Einbezug des Parlaments nicht. Allerdings darf nicht verkannt werden, dass die Prozessführerschaft nie beim Parlament liegen kann, dies ist Sache der Exekutive. Art. 25 Abs. 1 des kantonalen Gemeindegesetzes bestimmt klar und verbindlich, dass der Gemeinderat die Gemeinde führt. Zudem ist er gemäss Art. 71 des kantonalen Gemeindegesetzes verantwortlich für den Finanzhaushalt. Das Parlament ist zuständig für den Beschluss der in seiner Zuständigkeit liegenden Geschäfte. Die Vorbereitung dieser Geschäfte obliegt aber immer dem Gemeinderat und der Verwaltung, dieses Zusammenspiel ist Ausdruck der gewaltenteiligen Organisation der Gemeinde. Würde der Grosse Gemeinderat (GGR) früh und permanent auf die Entwicklung eines Geschäfts einwirken, würde das die an sich klare Verantwortlichkeit des Gemeinderats verwischen, er würde seinem gesetzlichen Führungsauftrag nicht nachkommen. Dies erscheint im Lichte des kantonalen Gemeindegesetzes unzulässig.

In den Rechtsgrundlagen der Gemeinde Steffisburg kann der Gemeinderat wohl verpflichtet werden, das Parlament bei wichtigen Geschäften mit einer längeren Vorbereitungszeit zu informieren und Gelegenheit zur Mitgestaltung zu geben. Eine solche Bestimmung darf aber nicht dazu führen, dass die Prozessführerschaft in gewissen Geschäften vom Gemeinderat auf das Parlament übergeht. Das Parlament stimmt letztlich den Anträgen des Gemeinderats zu, lehnt diese ab oder weist sie mit Auflagen an den Gemeinderat zurück. An diesem interaktiven Prozess soll von den Zuständigkeiten und Abläufen her nichts geändert werden. Sie haben sich bewährt und entsprechen den gewaltenteiligen Rollen der Exekutive und der Legislative. Der GGR verfügt im Übrigen über alle nötigen Instrumente, um bei Geschäften in seinem Zuständigkeitsbereich verbindlich einwirken zu können, hier sind keine zusätzlichen Instrumente nötig.

3. Ausbau Einbezug GGR - Anpassung Geschäftsordnung GGR

Der Gemeinderat ist sich der Thematik und des Anliegens der Motionäre möglichst früh in wesentliche Geschäfte einbezogen zu werden bewusst und beabsichtigt, seine Informationstätigkeit im Grossen Gemeinderat weiter auszubauen, und zwar mit Fokus auf möglichst zeitnahe Informationen. Dem Parlament steht es dann frei, ob es weitergehende Informationen verlangen oder unter Einsatz der bestehenden Instrumente auf das Geschäft einwirken soll und will.

Bei Projekten und damit verbunden im Rahmen der Einsetzung von nicht ständigen Gremien sollen vermehrt auch Parlamentsmitglieder bzw. sinnvollerweise Mitglieder aus der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK) miteinbezogen werden. Gerade der AGPK kommt eine wichtige Rolle zu, nimmt sie doch schon heute die Prüfung aller Parlamentsgeschäfte mit finanziellen Auswirkungen vor.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die Verankerung eines vermehrten Einbezugs des GGR bei wichtigen und in der Entstehung länger dauernden Geschäften höchstens programmatische und damit unverbindliche Wirkung hat. Er möchte deshalb auf eine entsprechende Teilrevision der Geschäftsordnung des GGR oder anderer Erlasse verzichten und die Motion annehmen und mit Verweis auf die bereits vorhandenen Möglichkeiten (z.B. durch die AGPK und die FIKO), die heute gelebte Praxis und mit der Bekundung nach vermehrtem und früherem Einbezug des GGR gleichzeitig abschreiben.

Sollte die Abschreibung bestritten werden, würde der Gemeinderat unter Einbezug der Fraktionschefs das weitere Vorgehen zu einem möglichen Prozess definieren, obschon klar betont werden muss, dass

die rechtlichen Grenzen des übergeordneten Rechts klar gezogen wurden. Die Beantwortung des Vorstosses wurde in enger Zusammenarbeit mit Daniel Arn, Büro Recht & Governance erarbeitet, welcher dann allenfalls auch beigezogen würde.

Antrag Gemeinderat

1. Die Motion der glp/BDP-Fraktion betr. "Geschäft des Grossen Gemeinderates" (2021/04) wird angenommen.
2. Die Motion wird gleichzeitig als erfüllt abgeschrieben.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
4. Eröffnung an:
 - Rolf Zeller, Gemeindegeschreiber
 - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2021, in Kraft.

Behandlung

Gemeindepräsident Jürg Marti erläutert das Geschäft anhand des vorstehenden Berichts und nimmt ergänzend Stellung. Im Namen des Gemeinderates bringt er zum Ausdruck, dass das Verständnis für die Einreichung dieses Vorstosses besteht. Die Verantwortlichen haben sich mit der Thematik vertieft auseinandergesetzt. Ebenso wurde die Angelegenheit mit dem Hausjuristen besprochen und geprüft, was für Möglichkeiten angeboten werden können. Selbstverständlich könnte mehr angeboten werden, als es der Gemeinderat heute Abend tut. Es stellt sich nur die Frage, in welcher Hinsicht. Rückblickend eruiert Jürg Marti, wann beispielsweise politische Geschäfte in die Kritik geraten sind. Jürg Marti erklärt, dass es solche Geschäfte gibt. Jedoch wurden vorhandene Ungereimtheiten erkannt und die Prozesse entsprechend optimiert. Mittels Fraktionsorientierungen können sich die GGR-Mitglieder vorgängig vertieft über ein Geschäft informieren lassen und eine Meinung bilden. Was ist denn überhaupt das Informationsbedürfnis des Parlaments? Es konnte festgestellt werden, dass dieses Bedürfnis ziemlich unterschiedlich ist. Das Begehren der glp/Die Mitte Zulg-Fraktion wurde geprüft. Der Gemeinderat hat diesbezüglich jedoch keinen Änderungsbedarf. Deshalb empfiehlt der Gemeinderat die Motion zur Annahme und zur gleichzeitigen Abschreibung als erfüllt. In den Rechtsgrundlagen würde somit nichts Konkretes angepasst. Die Diskussion zu diesem Begehren hat schlussendlich im Parlament stattzufinden und die GGR-Mitglieder haben entsprechende Entscheide zu treffen. Der Gemeinderat verschliesst sich nicht, wenn die Motion angenommen und nicht abgeschrieben werden möchte. Es würde dann eine Projektorganisation eingesetzt, welcher auch GGR-Mitglieder angehören sollen, um die konkreten Bedürfnisse zu erörtern. Wie erwähnt, hat der Gemeinderat nicht den Eindruck, dass eindringliche Bedürfnisse vorhanden sind. Aus diesem Grund müssten zuerst die Erfordernisse erkannt werden, um anschliessend zu prüfen, was es dazu für Ansätze gibt. Würde es dann Ansätze geben, müsste geprüft werden, ob diese rechtlich umsetzbar sind. Bei gewissen Themen, wie beispielsweise bei grossen Investitionen, liegt die Themenführerschaft nach dem Rechtsverständnis grundsätzlich beim Gemeinderat. Am Schluss kann mitdiskutiert werden, jedoch hat man keine Themenführerschaft, welche ins Parlament delegiert werden kann. Welches Geschäft hätte dann einen solchen Vorlauf mit wem zu durchlaufen? Wo ist dann welche Erwartungshaltung? Die genaue Prozessdefinition müsste schriftlich in einer Rechtsgrundlage verankert werden, was nicht einfach zu dokumentieren ist. Unter anderem verfügt das Parlament über verschiedene Instrumente. Hervorzuheben ist dabei die Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK). Nebst dem Jahresprüfungsthema können zusätzliche Sitzungen abgehalten werden. Zum Beispiel wenn im Investitionsprogramm festgestellt werden kann, dass demnächst eine grössere Investition ansteht. Zudem werden Investitionen auf mehrere Jahre zum Voraus angekündigt wie der Hochwasserschutz, die Schul-, Kultur- und Sportanlage sowie gewisse Erschliessungsthemen. Die AGPK kann vor jeder AGPK-Sitzung entscheiden, nebst den ordentlichen Traktanden der GGR-Sitzung, weitere Fachpersonen einzuladen, um vertiefte Informationen zu einem Geschäft zu erhalten. Das Gleiche gilt bei der Finanzkommission, wobei entsprechende Fragen gestellt oder Inputs gegeben werden können. Die Fraktionen haben es auch in der Hand, ihren Mitgliedern der Finanzkommission sowie der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission, in welchen Vertreterinnen und Vertreter aus dem Parlament mitwirken, diese Inputs zu liefern, damit man sich vorgängig damit auseinandersetzen kann. Jürg Marti ist der Meinung, dass in dieser Hinsicht mehr unternommen werden könnte, nebst der Möglichkeit zur Einreichung von Vorstössen. Bezüglich den Vorstössen ist es nicht immer gleich befriedigend. Mit einer Motion kann bei einer Investition oftmals nichts bewirkt werden. Es gibt jedoch Investitionen, welche in der Kompetenz des Parlaments liegen und somit motionierbar sind. Mit diesem Instrument kann entsprechend darauf reagiert werden. Aus den genannten Gründen ist der Gemeinderat zum Entscheid gekommen wie es im Bericht und Antrag dargelegt wird.

Erstunterzeichner Reto Neuhaus (glp) fragt sich, was innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen möglich ist. Im Sinne der glp/Die Mitte Zulg-Fraktion soll nicht gegen das Gesetz oder gegen das übergeordnete Recht verstossen werden. Diese Motion hat das Ziel, eine kleine Lücke zu schliessen. Über Grossprojekte ist das Parlament gut informiert. Es gibt jedoch wesentliche Projekte mit höherer Sensibilität, welche nicht so umfassend sind. Aus Sicht der Motionäre werden Geschäfte im Grossen Gemeinderat behandelt, für welche das vertiefte Studium lediglich zwei Wochen Zeit bleiben. Diese Lücke zwischen den kleineren und grossen Projekten gilt es zu schliessen. Er fragt den Rat, ob er auch dieser Meinung ist, über diese Angelegenheit zu diskutieren. Zu diesem Zweck möchte er gerne alle aufrufen, sich mittels Wortmeldungen zu äussern und sich zu bekennen, ob der Rat dafür ist, Veränderungen zu überdenken. Die Motion lässt offen, was schlussendlich rauskommen wird. Mit der Motion möchte die glp/Die Mitte Zulg-Fraktion die entsprechende Diskussion anstossen. Reto Neuhaus bittet die Ratsmitglieder, die Motion anzunehmen, jedoch noch nicht abzuschreiben, um die entsprechende Diskussion führen zu können.

Eduard Fuhrer sagt namens der SP-Fraktion, dass sie die Motion annehmen wird. Sie findet es gut, dass sich der Gemeinderat vertieft mit der Thematik der Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative auseinandersetzt. Die Motion der glp/Die Mitte Zulg-Fraktion und die Stellungnahme des Gemeinderates sind interessant. Es werden grundsätzliche Themen von grosser Bedeutung behandelt. Deshalb erlaubt er sich einige persönliche Überlegungen. Es sei ihm auch schon so ergangen, dass er sich gerne früher und gründlicher in ein Geschäft, in eine Vorlage vertieft hätte, als es dann möglich war. Oder dass er bei einem speziellen Detail an die Grenzen des Verständnisses stiess. Und er hat auch schon gedacht: was soll er dazu noch sagen? Die Vorlagen werden vom Gemeindepräsidenten oder von der zuständigen Gemeinderätin in einem durchdachten, gut formulierten Votum vorgestellt und empfohlen. Die schriftlichen Unterlagen sind ausführlich, gut dargestellt, es fehlt an nichts. Oder das Parlament wird sogar mit einer wunderschönen, nach allen Regeln der Kunst gestalteten Powerpoint-Präsentation verwöhnt. Das alles macht es nicht gerade leichter, ein Haar in der Suppe zu finden, sprich, nachzufragen, eine Zusatzinformation zu verlangen oder sogar kritisch nachzuhaken. Trotzdem: In einem "Nicker-Gremium" hat er sich im Grossen Gemeinderat noch nie gefühlt. Und nochmals trotzdem: auch wenn die Vorlagen schön poliert daherkommen, müssen sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier um Details kümmern, Erläuterungen verlangen, den Finger auf Schwachpunkte legen. Das kann dem Parlament niemand abnehmen. Auch wenn's schwierig ist, Zeit braucht und manchmal auch Mut. Es ist der Auftrag des Grossen Gemeinderates. Die GGR-Mitglieder haben sich zu bemühen und sich etwas einfallen lassen, um zu den Grundlagen zu kommen, die benötigt werden, um entscheiden zu können. Zur Stellungnahme des Gemeinderates zitiert er "Der Gemeinderat verschliesst sich einem früheren Einbezug des Parlaments nicht". Aber er kann die "Prozessführerschaft" nicht abgeben, sondern will am "interaktiven Prozess" zwischen dem Gemeinderat und dem Grossen Gemeinderat festhalten. Aus seiner Sicht klingt dies gut. Ebenso, dass er beabsichtigt, "seine Informationstätigkeit im Grossen Gemeinderat weiter auszubauen". Die drei Fraktionsorientierungen, die der Grosse Gemeinderat in dieser Legislatur miterlebt hat, und, als Beispiel, die Zusatzinformationen zum Strassensanierungsprojekt im Schwäbis weisen in diese Richtung. Aus diesen Gründen wird die SP-Fraktion dafür stimmen, die Motion als erfüllt abzuschreiben.

Bruno Berger dankt im Namen der EVP/EDU-Fraktion für die umfangreiche Antwort des Gemeinderates sowie die Ergänzungen von Gemeindepräsident Jürg Marti. Wichtig ist, dass die Verantwortlichkeiten dort bleiben, wo sie hingehören. Eine Vermischung möchte die EVP/EDU-Fraktion nicht. So wie die Antwort verstanden wurde, könnte dies unter Umständen zu einem Problem werden. Die EVP/EDU-Fraktion wünscht sich, dass der Dialog mit den Kommissionen transparent geführt wird. Als ehemaliges Mitglied der Finanzkommission nennt Bruno Berger das Beispiel der Musikschule, welche jedes Jahr thematisiert wird. Man fragt sich dann schon, weshalb dies so ist. An den Fraktionsorientierungen wird versucht, den Puls der Bürger, das heisst dem Parlament als Volksvertretende, zu spüren oder weiterführende Informationen zu den entsprechenden Geschäften weiterzugeben. Dieser Weg wird von der EVP/EDU-Fraktion als gut befunden und soll weiterhin beschritten werden. Wichtig ist dabei zu prüfen, zu welchen Geschäften solche Fraktionsorientierungen durchgeführt werden sollen. Denn er möchte nicht vor jeder Fraktionsitzung eine Fraktionsorientierung besuchen. Der zeitliche Aspekt und Aufwand sind diesbezüglich in Betracht zu ziehen. Wenn mit der notwendigen Sensibilität zu entsprechenden Geschäften zusätzliche Informationen abgegeben werden, soll sich dies rechtfertigen. Die EVP/EDU-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates Folge leisten. Soll mehr gemacht werden, liegt die Verantwortung bei den Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Dazu muss man sich Zeit nehmen und entsprechend nachfragen.

Werner Marti (SVP) sagt, dass dieses Vorhaben unnötig ist und nur schwer umsetzbar wäre. Wer würde dann entscheiden, welches Geschäft wie und zu welchem Zeitpunkt auf dem Radar des Grossen Gemeinderates erscheinen sollte? Es bräuchte dazu womöglich eine spezielle Kommission. Aus seiner Sicht gibt es bereits genug Instrumente und Möglichkeiten, sich als GGR-Mitglied in den vorliegenden Geschäften einzubringen. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, ist der Grosse Gemeinderat regelmässig über wichtige Geschäfte informiert worden. Aus der Stellungnahme des Gemeinderates auf Seite 9 zu dieser Motion geht hervor, dass dies in Zukunft – soweit vom einzelnen Geschäft möglich – noch weiter vorangetrieben wird. Der Grosse Gemeinderat hat wie bisher die Möglichkeiten, durch die Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK), die Finanzkommission (FIKO) oder nicht ständige Gremien auf geplante Geschäfte Einfluss zu nehmen.

Zudem haben die GGR-Mitglieder die Möglichkeit, nach Erhalt der GGR-Unterlagen, sich jederzeit auf der Gemeindeverwaltung detailliert über vorliegende Geschäfte zu informieren. Wenn die GGR-Mitglieder wirklich wollen, bleibt genügend Zeit zwischen dem Versand der Unterlagen und der GGR-Sitzung die nötigen Infos zu beschaffen. Nach seiner Erfahrung wird von dieser Möglichkeit leider kaum Gebrauch gemacht. So können sich die GGR-Mitglieder anlässlich der Fraktionssitzungen auch richtig mit den Vorlagen auseinandersetzen. Falls zu einem vorgesehenen Geschäft ein nicht ständiges Gremium eingesetzt wird, kann das Parlament dort die nötigen Informationen einholen. Es gehört zu einem gewissen Teil auch zur Pflicht der GGR-Mitglieder, aktiv Informationen einzuholen und nicht einfach nur zu konsumieren. Er hat in seiner Karriere als GGR-Mitglied die Erfahrung gemacht, dass die verantwortlichen Fachleute in der Verwaltung immer gerne bereit gewesen sind, die gestellten Fragen (auch kritische Fragen) zu beantworten und sie haben ihm sogar noch weitere nützliche Infos gegeben. Er sei nie abgewiesen worden. Er hat in der letzten Zeit den Eindruck bekommen, dass gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung ein gewisses, für ihn nicht nachvollziehbares, Misstrauen aufgekommen ist. Anders kann er sich solche Vorstösse nicht vorstellen. Er ist der Überzeugung, dass die Verwaltung und der Gemeinderat in der Vergangenheit die Geschäfte seriös und transparent vorbereitet haben. Die Fachleute in der Verwaltung haben die einzelnen Geschäfte nach bestem Wissen und im Interesse der Sache ausgearbeitet. Sie haben nicht Däumchen gedreht und auf Rückweisung von sauber vorbereiteten Geschäften gewartet, so wie das vor anderthalb Jahren der Fall gewesen ist. Dieser Fall hat damals ausser 180 Stunden internem Mehraufwand gar nichts gebracht. Er ist der Meinung, dass keine Änderung in der Gemeindeordnung vorgenommen werden muss, dass weiterhin die Führungsverantwortung der Gemeinde ganz klar bei der Exekutive bleiben muss und dass wie bisher, die Legislative über vorliegende Geschäfte entscheiden kann. Das Wichtigste dabei ist auch weiterhin das gegenseitige Vertrauen. Misstrauen ist die schlechteste Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit im Interesse der Gemeinde. Daher bittet er die Ratsmitglieder, die Motion anzunehmen und als erfüllt abzuschreiben.

Reto Neuhaus dankt für die geführte Diskussion und die Voten aus der Ratsmitte. Der Rat ist sich einig, dass die Unterlagen zu den Geschäften stets gut ausgearbeitet sind. Die Motion hat jedoch nicht dieses Resultat zum Ziel gehabt, sondern dass die GGR-Mitglieder zeitlich früher über Geschäfte, welche nicht so umfassend sind, informiert worden wären und sie sich sogar hätten einbringen oder mitteilen können. Jedoch nicht in Form einer Weisung, sondern mehr in Form von einem Gedankenanstoss. Offensichtlich wünscht dies der Rat aufgrund der geführten Diskussion nicht.

Schlusswort

Gemeindepräsident Jürg Marti verzichtet auf ein Schlusswort.

Abstimmung über die Annahme der Motion

Einstimmig ist der Rat für die Annahme der Motion.

Abstimmung über die gleichzeitige Abschreibung als erfüllt

Mit 23 zu 4 Stimmen wird die Motion als erfüllt abgeschrieben.

Somit fasst der Rat zusammenfassend folgenden

Beschluss

1. Die Motion der glp/BDP-Fraktion betr. "Geschäft des Grossen Gemeinderates" (2021/04) wird angenommen.
2. Die Motion wird gleichzeitig als erfüllt abgeschrieben.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
4. Eröffnung an:
 - Rolf Zeller, Gemeindeschreiber
 - Präsidiales (10.061.002)

2021-63 Postulat der glp/BDP-Fraktion betr. "Schutz des Langsamverkehrs auf der Flühlistrasse" (2021/05); Behandlung

Traktandum 7, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registratur

10.061.002 Postulate

Ausgangslage

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 30. April 2021 reichte die glp/BDP-Fraktion ein Postulat mit dem Titel "Schutz des Langsamverkehrs auf der Flühlistrasse" (2021/05) ein.

Begehren

Schutz des Langsamverkehrs auf der Flühlistrasse. Der Gemeinderat wird beauftragt mit dem Kanton zu prüfen, wie eine angemessene Lösung zum Schutz des Langsamverkehrs auf der zu sanierenden Flühlistrasse erreicht werden kann.

Stellungnahme Gemeinderat

Eine der vielen Daueraufgaben der Abteilungen Sicherheit und Tiefbau/Umwelt ist die stetige Verbesserung der Situation für alle Verkehrsteilnehmenden, insbesondere der zu Fuss-Gehenden und der Velofahrenden. Der Inhalt stimmt zudem auch mit den Zielen des Verkehrsrichtplans der Gemeinde Steffisburg überein, welcher im Rahmen der Ortsplanungsrevision erarbeitet worden ist.

Vorliegend ergibt sich zudem die Gelegenheit, im Rahmen der für 2022 geplanten Belagssanierung durch den Kanton allfällige Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen.

Antrag Gemeinderat

1. Das Postulat der glp/BDP-Fraktion betr. "Schutz des Langsamverkehrs auf der Flühlistrasse" (2021/05) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Sicherheit
 - Tiefbau/Umwelt
 - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2021, in Kraft.

Behandlung

Stellvertretend für Bettina Joder Stüdle, Departementsvorsteherin Sicherheit, nimmt Konrad E. Moser, Departementsvorsteher Finanzen, Stellung. Er verweist auf den vorstehenden Bericht und empfiehlt namens des Gemeinderates, das Postulat zur Prüfung anzunehmen. Nebst dem Postulat der glp/Die Mitte Zulg-Fraktion wurde eine Petition (Bittschrift) von Hans Ulrich Germann eingereicht, welcher an der Flühlistrasse wohnt. Ebenso ging im Dezember 2020 eine Anfrage von Daniel Gisler (glp) ein, welcher auf der Flühlistrasse eine Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h fordert. Der Gemeinderat ist bereit, dieses Postulat anzunehmen, obwohl die Flühlistrasse gegenüber anderen Strassenzügen in der Gemeinde Steffisburg eher tiefere Übertretungsquoten ausweist. Unbestritten ist, dass es auf der Flühlistrasse entsprechende Gefahrenherde gibt, jedoch nicht primär wegen der Geschwindigkeit. Weiter kann verzeichnet werden, dass der Kanton bereits angeschrieben wurde, um gemeinsam mit der Gemeinde mögliche Massnahmen zu prüfen.

Erstunterzeichner Daniel Gisler (glp) findet es positiv, dass die Gemeinde mittlerweile beim Kanton vorstellig geworden ist. Schade, dass es das Postulat nicht geschafft hat, bereits an der GGR-Sitzung im Juni 2021 behandelt zu werden. Die Situation an der Flühlistrasse erfordert, dass jetzt gehandelt wird. Im Raumentwicklungskonzept ist die Priorität der Flühlistrasse leider nicht sehr hoch ausgewiesen. Aus diesem Grund wurde dieser Vorstoss eingereicht. Die Situation ist hinlänglich bekannt: es ist eng und gefährlich. 1,5 Mio. Fahrzeuge passieren jährlich die Flühlistrasse, was für Velofahrende, besonders für Schulkinder, gefährlich ist. Die unbefriedigende Situation ist daher zu verbessern und die Flühlistrasse muss dringendst saniert werden. Er persönlich geht davon aus, dass eine Belagsanierung alleine die Situation nicht verbessern wird. Es sind bauliche sowie regulatorische Massnahmen notwendig, um das Problem zu lösen. Die Gelegenheit bietet sich jetzt dazu. Die Gemeinde soll sich für das Anliegen der Bevölkerung beim Kanton stark machen.

Matthias Döring sagt, dass der Langsamverkehr für die SP-Fraktion ebenfalls ein wichtiges Anliegen ist. Bei dieser Prüfung wünscht sich die SP-Fraktion, dass die Flühlistrasse verbessert und sicherer gemacht wird. Mindestens sollte eine Temporeduktion in Betracht gezogen werden. Zudem ist für die bergwärts Velofahrenden zwingend eine Lösung zu finden.

Thomas Schweizer sagt namens der EVP/EDU-Fraktion, dass sie den Vorschlag des Gemeinderates, das Postulat anzunehmen, begrüsst. Sie sieht auch, obwohl die Flühlistrasse eine Kantonsstrasse ist, dass die Gemeinde einen Teil der Lösung selber kostengünstig beigetragen kann. Es braucht nämlich beim Hohlweg nur statt den beiden Fahrverbotstafeln ein Einbahnregime von oben und von unten her ein Motorfahrzeugverbot. Die Gefährdeten am Kirchenstutz sind die Velofahrenden ohne Motor, welche mit 7 km/h den Stutz passieren und der Bus hinter den Velofahrenden nachfahren muss. Wenn ein konventioneller Velofahrer den Hohlweg auffährt, wird er wahrscheinlich nie einen Fussgänger umfahren. Weil sobald er nicht mehr in die Pedale tritt, steht das Velo still, und zwar aufgrund des starken Gefälles. Eine E-Bike-Fahrerin wie Gemeinderätin Bettina Joder Stüdle, welche die Strasse mit 30 km/h befährt, stellt für den Bus kein Hindernis dar, weil dieser nicht schneller fährt. Die EVP/EDU-Fraktion dankt für die Übernahme des Prüfauftrags und sie hofft, dass es konkrete Schritte geben wird, bevor ein schwerer Unfall an der Flühlistrasse passiert.

Schlusswort

Konrad E. Moser, Departementsvorsteher Finanzen, verzichtet auf ein Schlusswort.

Abstimmung über die Annahme des Postulats

Einstimmig ist der Rat für die Annahme des Postulats.

Somit fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Das Postulat der glp/BDP-Fraktion betr. "Schutz des Langsamverkehrs auf der Flühlistrasse" (2021/05) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Sicherheit
 - Tiefbau/Umwelt
 - Präsidiales (10.061.002)

2021-64 Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. "Parkmöglichkeiten für den Schwerverkehr" (2021/06); Behandlung

Traktandum 8, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registatur

10.061.002 Postulate

Ausgangslage

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 30. April 2021 reichte die EVP/EDU-Fraktion ein Postulat mit dem Titel "Parkmöglichkeiten für den Schwerverkehr" (2021/06) ein.

Begehren

Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen an welchen weiteren Standorten, ergänzend zum Kiesparkplatz Schiessstand, dem Schwerverkehr das Parkieren ermöglicht werden kann.

Stellungnahme Gemeinderat

Steffisburg verfügt insgesamt über rund 900 öffentliche Parkplätze. Nur ein verschwindend kleiner Teil davon eignet sich für das Abstellen von Lastwagen. Der Schwerverkehr hat es zunehmend schwierig, geeignete Abstellflächen für das vorübergehende Abstellen von Anhängern zu finden. Die Begründung im Postulat ist nachvollziehbar.

Es stellt sich aber die Frage, ob und wenn ja in welchem Umfang die Öffentlichkeit verpflichtet ist, für diese Problematik Lösungen anzubieten. Auch wenn aktuell keine konkrete Lösung vorgelegt werden kann, ist der Gemeinderat grundsätzlich bereit, das Postulat anzunehmen und die entsprechenden Abklärungen vorzunehmen.

Sollte sich der Grosse Gemeinderat für die Annahme des Postulats entscheiden, würde der Gemeinderat die Abteilung Sicherheit beauftragen, konkret zu prüfen, ob und wo Parkiermöglichkeiten in Steffisburg für den Schwerverkehr angeboten werden könnten. Lehnt der Grosse Gemeinderat indessen das Postulat ab, erübrigt sich eine Überprüfung und das Thema würde nicht weiterverfolgt.

Antrag Gemeinderat

1. Das Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. "Parkmöglichkeiten für den Schwerverkehr" (2021/06) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Sicherheit
 - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2021, in Kraft.

Behandlung

Stellvertretend für Bettina Joder Stüdle, Departementsvorsteherin Sicherheit, nimmt Konrad E. Moser, Departementsvorsteher Finanzen, Stellung. Er verweist auf den vorstehenden Bericht und empfiehlt namens des Gemeinderates, das Postulat zur Prüfung anzunehmen. Aus den Alltagsschilderungen hört man und kann selber feststellen, dass Anhänger oder Lastwagen an möglichen oder unmöglichen Orten parkiert oder sogar für eine längere Zeit abgestellt werden. Die Umsetzung beziehungsweise die Schaffung der Parkmöglichkeiten für den Schwerverkehr wird nicht ganz einfach sein. Nichtsdestotrotz ist es eine Prüfung wert.

Der Erstunterzeichner Urs Gerber (EDU) ist heute abwesend. Bruno Berger (EDU) nimmt stellvertretend Stellung und sagt, dass es den Schwerverkehr weiterhin geben wird. Vor allem in der Zeit, wo die Onlinekäufe zugenommen haben, braucht es eine Feinverteilung dieser Ware und dazu braucht es den Schwerverkehr. Die Fahrerinnen und Fahrer sind auch verpflichtet, ihre Ruhezeiten einzuhalten. Während dieser Zeit muss das Fahrzeug irgendwo abgestellt werden können. Aus ökologischer Sicht macht es Sinn, den Anhänger etwas ausserhalb des Dorfes oder der Stadt zu deponieren. Mit einem Anhänger in ein Quartier zu fahren, ist nicht gerade ideal und unökologisch. Wer sonst als die öffentliche Hand hat die Möglichkeit, lenkende Massnahmen einzuleiten. Man kann nicht von den Transportunternehmen verlangen, dass sie in allen Gemeinden, welche sie anfahren, Parkplätze zur Verfügung stellen. Aus diesem Grund ist die EVP/EDU-Fraktion der Meinung, dass es besser ist, dass die Gemeinde steuernd Einfluss nimmt als die Situation sich selber zu überlassen. Somit kann verhindert werden, dass Anhänger und Lastwagen willkürlich parkiert werden und schlussendlich auf Strassen stehen und es zu gefährlichen sowie unübersichtlichen Situationen kommt. Der Platz bei der Schiessanlage Schnittweier ist eine Möglichkeit und wird auch genutzt. Dieser ist aber für Steffisburg alles andere als optimal, vor allem in Bezug auf den Veloverkehr. Hinzu kommt, dass dort Tankfahrzeuge aufgrund von umwelttechnischen Vorschriften nicht parkiert werden dürfen. Die EVP/EDU-Fraktion geht davon aus, dass allenfalls Synergien mit Thun genutzt werden könnten. Sie wünscht sich jedoch ganz klar keine teure, sondern eine unkomplizierte und pragmatische Lösung. Womöglich hätte dies für die Gemeinde Steffisburg einen positiven Nebeneffekt, wenn diesbezüglich als gutes Beispiel vorangegangen werden kann und das Angebot unter den Chauffeuren bekannt gemacht wird. Die EVP/EDU-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, das Postulat anzunehmen.

Daniel Gisler fragt sich im Namen der glp/Die Mitte Zug-Fraktion, ob es eine Aufgabe der Gemeinde ist, Parkmöglichkeiten für den Schwerverkehr bereitzustellen. Sein liberales Herz sagt, dass es sich dabei um eine private Aufgabe handelt. Jedoch ist es die Aufgabe der Gemeinde, für die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sorgen und die Bedürfnisse der Bevölkerung bezüglich Sicherheit zu gewährleisten. Die Situation in Steffisburg hat sich mit der Einführung der Parkplatzbewirtschaftung stark verändert. Früher hatte es in der Gumm freie Parkflächen, welche durch kleine Parkfelder aufgehoben wurden. Was soll nun der Schwerverkehr tun und wo sollen die Anhänger für ein paar Stunden parkiert werden? Ohne Mithilfe der Gemeinde ist es absehbar, dass die Anhänger dort parkiert werden, wo es noch möglich ist und keine Parkfelder markiert sind. Das heisst, die Chauffeure werden durch das ganze Dorf fahren, Richtung Flühli, und beim Schiessplatz Schnittweier den Anhänger deponieren. Das Ganze wiederholt sich dann mehrere Male pro Tag. Die glp/Die Mitte Zug-Fraktion versteht das Anliegen der EVP/EDU-Fraktion in dem Sinne, dass die Gemeinde in dieser Angelegenheit regulierend auftritt und mittels Vorgaben und althergebrachte Abstellflächen für Lastwagen und Anhänger wieder zugänglich macht. In dieser Hinsicht unterstützt die glp/Die Mitte Zug-Fraktion das Begehren der EVP/EDU-Fraktion.

Schlusswort

Konrad E. Moser, Departementsvorsteher Finanzen, verzichtet auf ein Schlusswort.

Schlussabstimmung

Mit 26 zu 1 Stimme fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Das Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. "Parkmöglichkeiten für den Schwerverkehr" (2021/06) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Sicherheit
 - Präsidiales (10.061.002)

2021-65 Postulat der FDP-Fraktion betr. "Erstellen eines Reisemobil-Stellplatzes auf dem Gemeindegebiet Steffisburg" (2021/07); Behandlung

Traktandum 9, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registratur

10.061.002 Postulate

Ausgangslage

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 30. April 2021 reichte die FDP-Fraktion ein Postulat mit dem Titel "Erstellen eines Reisemobil-Stellplatzes auf dem Gemeindegebiet Steffisburg" (2021/07) ein.

Begehren

Der Gemeinderat wird ersucht, die Erstellung eines Stellplatzes für ca. 10 bis 15 Reisemobile auf dem Gebiet der Gemeinde Steffisburg zu prüfen.

Stellungnahme Gemeinderat

Das Anliegen ist überall sehr präsent. So hat unter anderem auch der Entwicklungsraum Thun im Mai 2021 dem Regierungsrat des Kantons Bern ein "Dringliches Anliegen" eingereicht, wonach in Form einer kurzfristigen und unbürokratischen Unterstützung durch die kantonalen Behörden verschiedene Lösungsansätze verfolgt werden sollen.

Tatsächlich könnte ein solches Angebot für Steffisburg interessant sein. Die Begründungen im Postulat bedürfen keiner weiteren Ergänzung. Das Postulat soll angenommen und näher geprüft werden.

Antrag Gemeinderat

1. Das Postulat der FDP-Fraktion betr. "Erstellen eines Reisemobil-Stellplatzes auf dem Gebiet Steffisburg" (2021/07) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Sicherheit
 - Tiefbau/Umwelt
 - Hochbau/Planung
 - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2021, in Kraft.

Behandlung

Stellvertretend für Bettina Joder Stüdle, Departementsvorsteherin Sicherheit, nimmt Konrad E. Moser, Departementsvorsteher Finanzen, Stellung. Er verweist auf den vorstehenden Bericht und empfiehlt namens des Gemeinderates, das Postulat zur Prüfung anzunehmen. Denn ein solches Angebot könnte auch in der Gemeinde Steffisburg interessant sein. Er hat sich sagen lassen, dass Nutzerinnen und Nutzer

über die App "Park for night" bereits heute in die Gumm geleitet werden, um dort ihr Fahrzeug abstellen zu können. Die Nutzung von Synergien bezüglich der Infrastruktur der Badi darf und soll näher geprüft werden. Die FDP-Fraktion stösst mit diesem Vorstoss beim Gemeinderat auf offene Türen. Denn auch der Gemeinderat ist daran interessiert, diesem veränderten Reiseverhalten Rechnung zu tragen.

Erstunterzeichner Marco Berger (FDP) sagt, dass er mit Freude die Stellungnahme des Gemeinderates gelesen hat. Das veränderte Reiseverhalten ist erkannt worden und das Postulat wird zur Annahme empfohlen. Zudem hat er sich letzte Woche bei den Fraktionspräsidien gemeldet und sich für Detailfragen zur Verfügung gestellt. Es hat jedoch keine Fragen gegeben.

Patrick Bachmann teilt namens der EVP/EDU-Fraktion mit, dass sie sich mit der Thematik vertieft auseinandergesetzt hat. Er selber ist auch ein Wohnmobilfahrer. Es ist eine deutliche Zunahme der Wohnmobile festzustellen. Das Reisen mit Wohnmobilen ist in den letzten zwei Jahren zum Trend geworden. Corona hat diesen Trend zusätzlich beschleunigt. Die EVP/EDU-Fraktion unterstützt dieses Anliegen grundsätzlich, weil sie die Probleme erkannt hat und auch Möglichkeiten sieht. Steffisburg ist mittlerweile zu einer Tourismusgemeinde geworden. Daher ist ein Bedürfnis von Reisemobil-Stellplätzen sicherlich vorhanden. Die EVP/EDU-Fraktion stellt sich jedoch die Frage, ob die Gemeinde Steffisburg dafür verantwortlich ist, diese Stellplätze zur Verfügung zu stellen. Sie ist der Meinung, dass es eher die Aufgabe der Gemeinde ist, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen wie zum Beispiel die Zonenplanänderung, damit es möglich ist, solche Plätze anzubieten. Das Anbieten selber sollte aus einem privatem Interesse erfolgen wie zum Beispiel durch Bauernhöfe, ehemaliges Restaurant Schnittweier etc. Die Anbieter könnten davon wirtschaftlich profitieren. Diese Vorschläge sollen als Gedankenanstoss dienen. Die EVP/EDU-Fraktion wird das Anliegen unterstützen.

Schlusswort

Konrad E. Moser, Departementsvorsteher Finanzen, verzichtet auf ein Schlusswort.

Abstimmung über die Annahme des Postulats

Mit 25 zu 1 Stimme (bei einer Enthaltung) fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Das Postulat der FDP-Fraktion betr. "Erstellen eines Reisemobil-Stellplatzes auf dem Gebiet Steffisburg" (2021/07) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Sicherheit
 - Tiefbau/Umwelt
 - Hochbau/Planung
 - Präsidiales (10.061.002)

2021-66 Postulat der SP-Fraktion betr. "Ladestationen für Elektrofahrzeuge" (2021/08); Behandlung

Traktandum 10, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registrierung

10.061.002 Postulate

Ausgangslage

An der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 30. April 2021 reichte die SP-Fraktion ein Postulat mit dem Titel "Ladestationen für Elektrofahrzeuge" (2021/08) ein.

Begehren

Der Elektromobilität gehört die Zukunft. Darin sind sich Verkehrsfachleute einig. E-Fahrzeuge sind sehr effizient, sauber, antriebsstark und alltagstauglich. Insbesondere für dicht besiedelte Gebiete ist die Elektromobilität eine Möglichkeit, den Verkehr erträglicher zu gestalten, da Verkehrslärm und Schadstoffe reduziert werden.

Nicht jeder Besitzer eines Elektrofahrzeuges verfügt jedoch über die nötige Ladeinfrastruktur. Insbesondere Mieter sind hier oft benachteiligt und damit auf öffentliche Ladestationen angewiesen.

Wir bitten den Gemeinderat deshalb zu prüfen, ob auf öffentlichen Parkplätzen der Gemeinde Steffisburg Ladeinfrastrukturen aufgestellt werden könnten. Dabei steht für uns folgender Prüfungsauftrag im Vordergrund:

- Können auf öffentlichen Parkplätzen unserer Gemeinde Ladestationen realisiert werden?
- Welche Parkplätze sind dazu geeignet?
- In welchem Zeitraum ist eine Realisierung möglich?

Stellungnahme Gemeinderat

Die Fachabteilung Tiefbau/Umwelt hat bezüglich öffentlichen Ladestationen und deren möglichen Standorten Kontakt mit der NetZulg AG aufgenommen. Damit die Fragen aus dem Postulat fundiert beantwortet werden können, sind weitere Abklärungen nötig. Das Postulat soll deshalb angenommen werden.

Antrag Gemeinderat

1. Das Postulat der SP-Fraktion betr. "Ladestationen für Elektrofahrzeuge" (2021/08) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Tiefbau/Umwelt
 - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 5. Oktober 2021, in Kraft.

Behandlung

Stellvertretend für Marcel Schenk, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, nimmt Konrad E. Moser, Departementsvorsteher Finanzen, Stellung. Er verweist auf den vorstehenden Bericht und empfiehlt namens des Gemeinderates, das Postulat zur Prüfung anzunehmen. Wie gelesen werden konnte, hat die Abteilung Tiefbau/Umwelt bereits mit der NetZulg AG Kontakt aufgenommen, um dabei fundierte Abklärungen zu treffen. Ladestationen für Elektroautos schaffen zu können, ist eines der Anliegen rund um das Thema ressourcenschonende Mobilität. Im Zusammenhang mit den Ladestationen für Elektroautos ist zu prüfen, womöglich auch das Potenzial der Sonne zu nutzen. "Netto-Null-Emissionen", "2000 Watt", "Energistadt" sind Themen, welche den Gemeinderat in den Legislatorschwerpunkten begleiten.

Erstunterzeichner Daniel Schmutz (SP) sagt, dass E-Mobilität Zukunft ist. Es ist die Aufgabe der öffentlichen Hand, diesen Trend zu unterstützen. Die E-Mobilität funktioniert jedoch nur, wenn genügend Ladestationen vorhanden sind. Das ist nach wie vor ein Nadelöhr – sei es zu Hause, am Arbeitsplatz oder wie eben das Postulat der SP-Fraktion fordert, auch im öffentlichen Raum, das heisst auf öffentlichen Parkplätzen. Aus Sicht der SP-Fraktion muss die Gemeinde etwas unternehmen. Steffisburg ist in einer guten Situation mit der NetZulg AG, welche auf ihrer Homepage entsprechende Werbung macht, und zwar:

Elektromobilität

Die NetZulg AG ist Ihre Partnerin und berät und unterstützt Sie bei den Themen:

- *Ladestationen (Kauf oder Miete) für Mehrfachplätze*
- *Schnell-Ladestationen*
- *Abrechnungssysteme, Inkasso und App-Anbindungen*
- *Installation, Wartung und Unterhalt von Ladestationen*
- *Lastmanagement*
- *elektrische Installationen (Beratung)*

Die SP-Fraktion ist daher der Auffassung, dass dieses vielseitige Angebot entsprechend genutzt werden sollte und bittet die Ratsmitglieder, das Postulat anzunehmen. Anschliessend kann geprüft werden, wo und auf welchen Parkplätzen eine Installation Sinn macht und was es vom Typ her für Ladestationen sind. Sicherlich ist die Prüfung einer Koordination mit den umliegenden Gemeinden angebracht, um gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten und typgleiche Ladestationen anzuschaffen.

Ursula Jakob teilt namens der EVP/EDU-Fraktion mit, dass sie ebenfalls der Meinung ist, diesen Prüfauftrag anzunehmen. Für heute und die Zukunft ist es wichtig, dass diese E-Autos aufgeladen werden können. Die EVP/EDU-Fraktion sieht es vor allem als Aufgabe der Gemeinde, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Im Postulat wurde ein Punkt erwähnt, welcher zu diskutieren gab, und zwar wurden die Mietenden erwähnt, welche vielleicht keine Möglichkeiten haben und davon profitieren können. Diesbezüglich sieht die EVP/EDU-Fraktion es nicht als Aufgabe der Gemeinde Steffisburg, Ladestationen für alle Mietenden zu schaffen, sondern sieht entsprechenden Verhandlungsbedarf mit Vermietenden und Besitzenden.

Daniel Gisler sagt, dass die Partei glp bei der Einsprache zur Ortsplanungsrevision diese Umsetzung der Ladestationen gefordert hat. Leider war diese Forderung am falschen Ort und konnte in dem Sinne nicht platziert werden. Der parlamentarische Vorstoss der SP-Fraktion zielt genau in ihre Stossrichtung. Deshalb unterstützt die glp/Die Mitte Zulg-Fraktion das Begehren der SP-Fraktion.

Hans Rudolf Marti (SVP) sagt, dass er nicht grundsätzlich gegen diese Ladestationen ist und diese sicherlich unumgänglich sind. Bei seinem Neubau zu Hause hat er pro Haushaltung an der Aussenwand bereits eine entsprechende Steckdose einbauen lassen, falls es dann soweit sein und ein Bedürfnis bestehen sollte. Es funktioniert jedoch nur, wenn genügend Lademöglichkeiten vorhanden sind. Er ist sich jedoch sicher, dass eine Zeit kommen wird, wo es Stromlücken geben und kein Strom fließen wird.

Patrick Bachmann (EVP) fällt immer mehr auf, dass Elektrofahrzeuge als die ultimative Umweltlösung präsentiert werden. Er selber hat diesbezüglich kritische Überlegungen dazu. Er ist sich nicht so sicher, ob es die zukünftige ultimative Lösung der Umweltprobleme sein wird. Bezüglich der E-Mobilität gibt es viele Fragen, welche aus seiner Sicht nicht oder ungenügend gelöst sind. Es fängt bei der Produktion der Batterien an und hört bei der Entsorgung auf. Die Frage ist auch von wo der Strom kommt. Aus seiner Sicht ist der Atomstrom immer noch nicht umweltfreundlich. Diese Gedanken möchte er einfach platzieren, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass bezüglich dieser Thematik alle der gleichen Meinung sind – im Wissen darum, dass es wahrscheinlich nicht einfach so die eine beste Lösung für die Zukunft gibt. Meistens hat jede Lösung noch einen "Haken".

Schlusswort

Konrad E. Moser, Departementsvorsteher Finanzen, verzichtet auf ein Schlusswort.

Abstimmung über die Annahme des Postulats

Mit 25 zu 1 Stimme (bei einer Enthaltung) fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Das Postulat der SP-Fraktion betr. "Ladestationen für Elektrofahrzeuge" (2021/08) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Tiefbau/Umwelt
 - Präsidiales (10.061.002)

2021-67 Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründungen

Traktandum 11, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registatur

10.061.000 Vorstösse; allgemeine Unterlagen

Folgende neue parlamentarische Vorstösse sind eingereicht worden:

67.1 Postulat der glp/Die Mitte Zulg-Fraktion betr. "Tempo 30 in der Nacht" (2021/12)

Begehren

Tempo 30 in der Nacht. Der Gemeinderat wird beauftragt mit dem Kanton prüfen, wie das Lausanner Modell auf Steffisburg übertragen werden könnte.

Begründung

Der Kanton Waadt und die Stadt Lausanne haben 2017 ein Pilotprojekt lanciert, das auf den beiden Lausanner Strassen Avenue Beaulieu und Avenue Vinet nachts Tempo 30 testete. Das Resultat war äusserst positiv. Mit geringem finanziellem Aufwand konnten viele Anwohner wirksam vor Strassenlärm geschützt werden.

Die Resultate des Pilotprojekts in Lausanne zeigen, dass mit der nächtlichen Temporeduktion auf 30 km/h der Lärm um durchschnittlich zwei bis drei Dezibel gesenkt werden kann. Wird zusätzlich noch ein Flüsterbelag eingebaut, reduzieren sich die Lärmemissionen um ein weiteres Dezibel, was eine gesamte Reduktion um drei bis vier Dezibel bedeutet. Der Versuch zeigte zudem, dass bei Tempo 30 nachts auch die überhöhten Geschwindigkeiten viel stärker abnehmen als bei Tempo 50. Die Spitzenwerte des Lärms konnten damit um 80% reduziert werden. Dies ist besonders wichtig für die Qualität des Schlafes, da vor allem die Spitzenwerte zu schädlichen Aufwachreaktionen führen.

Drei Dezibel Reduktion bedeuten eine Reduktion des Lärmpegels auf die Hälfte. Dadurch könnten teure bauliche Massnahmen vermieden und mit geringem Aufwand beträchtliche finanzielle Einsparungen erzielt werden.

Erstunterzeichner Daniel Gisler (glp) nimmt ergänzend Stellung und sagt, dass niemand gerne Steuern zahlt. Die Steuersätze der Gemeinde und des Kantons sind hoch. Es stellt sich die Frage, wie öffentliche Gelder eingespart werden können, ohne gesetzlich geforderte Massnahmen zum Lärmschutz mit teuren baulichen Massnahmen zu erkaufen. Die Stadt Lausanne hat Tempo 30 in der Nacht eingeführt. Diesen Sommer hat das Bundesgericht diesem Begehren zugestimmt, welches nun rechtskräftig ist. Aufgrund dieses Postulats soll geprüft werden, ob dieser Vorschlag für Steffisburg ein Modell sein könnte, ob es umsetzbare wäre und etwas bringen würde.

67.2 Postulat der SP-Fraktion betr. "Waschen am Mittag ohne Stromunterbruch" (2021/13)

Begehren

Der Gemeinderat wird damit beauftragt, sich als Hauptaktionär der NetZulg AG dafür einzusetzen, dass der Strom für Waschmaschinen auch während den Werktagen über den Mittag nicht mehr abgeschaltet wird.

Begründung

Die Zeiten haben sich grundlegend geändert. In einem Haushalt arbeiten heute oft beide Partner. Es wäre für viele - insbesondere für Personen in Mehrfamilienhäusern mit fixen Waschtagen - eine grosse Erleichterung, auch während der Mittagspause Wäsche zu waschen. Dadurch bleibt am Abend mehr Zeit für Kinder, PartnerInnen und/oder eine sportliche oder kulturelle Tätigkeit und sorgt für ein gesünderes und stressfreieres Zusammenleben.

Im Weiteren verändert sich auch die Situation bei der Stromproduktion, da an sonnigen Tagen zur Mittagszeit von den Solaranlagen sehr viel Strom zur Verfügung steht.

Erstunterzeichnerin Verena Alessio (SP) hebt hervor, dass dieser Stromunterbruch während der Mittagszeit nicht mehr zeitgemäss ist und deshalb geprüft werden soll, diesen abzuschaffen.

2021-68 Einfache Anfragen

Traktandum 12, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registratur

10.061.004 Einfache Anfragen

Folgende einfache Anfrage ist aus der GGR-Sitzung vom 18. Juni 2021 pendent:

55.3 Parkplatzbewirtschaftung auf Gemeindegebiet Steffisburg

An der GGR-Sitzung vom 19. Juni 2020 hat der Grosse Gemeinderat einen Verpflichtungskredit bezüglich der neuen Parkplatzbewirtschaftung bewilligt, erklärt Daniel Gisler (glp). Wie in der Gemeinde festgestellt werden konnte, wurden die baulichen Massnahmen vorgenommen und die neuen Parkuhren aufgestellt. Was jedoch auch zu sehen ist, ist die Tatsache, dass die neuen Parkuhren noch abgedeckt und somit nicht nutzbar sind. Er fragt nach dem Grund, weshalb die Parkuhren noch nicht in Betrieb genommen wurden und ab wann dies der Fall sein wird.

Bettina Joder Stüdle, Departementsvorsteherin Sicherheit, hat damals das Anliegen zur Beantwortung an der GGR-Sitzung vom 27. August 2021 entgegengenommen.

Konrad E. Moser, Departementsvorsteher Finanzen, nimmt infolge Abwesenheit von Bettina Joder Stüdle, Departementsvorsteherin Sicherheit, heute zu der vorstehenden Frage wie folgt Stellung:

Der Gemeinderat hat am 9. April 2021 beschlossen, die neue Verordnung zum Reglement über die Benützung der öffentlichen Parkplätze per 1. Juni 2021 in Kraft zu setzen. Gegen diesen Beschluss wurden zwei Beschwerden erhoben. Gegenstand dieser Beschwerden waren einerseits die Gebührenerhöhung und andererseits die Gebührenfreiheit in den ersten 30 Parkminuten. Mittlerweile ist die gegen die Gebührenerhöhung gerichtete Beschwerde zurückgezogen worden. Die noch hängige Beschwerde steht der Einführung vom neuen Parkregime nicht entgegen, zumal die ersten 30 Parkminuten bereits bisher nicht gebührenpflichtig waren. Damit wurde die neue Parkplatzbewirtschaftung per 1. Juli 2021 umgesetzt und es werden sämtliche Parkplätze gebührenpflichtig bewirtschaftet.

Folgende neue einfache Anfragen sind mündlich gestellt und nachstehend beantwortet worden:

68.1 Persönliche Erklärung Hans Rudolf Marti (SVP) betr. Jungbürgerfeier

Die Jungbürgerfeier hat anfangs Juli 2021 stattgefunden. Von rund 120 Jungbürgerinnen und Jungbürger folgten ca. 25 der Einladung. Seitens des Grossen Gemeinderates haben lediglich fünf Personen teilgenommen, was aus seiner Sicht beschämend ist (3 SVP / 1 SP / 1 Die Mitte Zulg). Solche Anlässe wären wichtig, junge Menschen aufzubauen und für die Politik zu motivieren.

68.2 IT-Sicherheit

Daniel Gisler (glp) sagt, dass die Waadtländer Gemeinde Rolle Opfer eines Hackerangriffs wurde. Sensitive Informationen über Bürger, Mitarbeitende und Unternehmen wurden frei zugänglich. Demzufolge wurden Daten gestohlen und ins Darknet gestellt. Kann die Informatik der Gemeinde Steffisburg gewährleisten, solchen Angriffen standhalten zu können?

Konrad E. Moser, Departementsvorsteher Finanzen, bestätigt, dass sich die Abteilung Informatik der Gemeinde Steffisburg mit dieser Thematik auseinandersetzt. Das Riskmanagement bildet ein entsprechender Bestandteil. Im Frühling dieses Jahres hat ein Themennachmittag stattgefunden, wo Spezialistinnen und Spezialisten der Polizei sich diesem Riskmanagement/Controlling gewidmet haben. Somit ist man sich dieser Problematik bewusst und die Fachabteilung setzt sich entsprechend damit auseinander. Er ist überzeugt, dass die Gemeinde Steffisburg diesbezüglich über fortschrittliche Konzepte verfügt. Zudem bilden sich die Mitarbeitenden der IT-Abteilung ständig weiter, um sich mit solchen Themen vertieft auseinanderzusetzen. Bei spezifischen Fragen steht er gerne zur Verfügung, um bilaterale Gespräche zu führen.

2021-69 Informationen des GGR-Präsidiums

Traktandum 13, Sitzung 5 vom 27. August 2021

Registatur

10.060.000 Grosser Gemeinderat; allgemeine Unterlagen

Der Präsident informiert über die nachstehenden Themen:

69.1 GGR-Ausflug 3. September 2021

Der GGR-Ausflug findet wie angekündigt am 3. September 2021 statt. Die Teilnehmenden treffen sich um 13.45 Uhr beim Gemeindehaus Steffisburg. Die Abfahrt Richtung Murten ist um 14.00 Uhr. Zu diesem Ausflug hat er ebenso die ehemaligen Departementsvorstehenden Ursulina Huder sowie Stefan Schneeberger eingeladen. Diese konnten aufgrund der herrschenden Coronasituation nicht im geplanten, festlichen Rahmen verabschiedet werden. Ebenso ist das traditionelle GGR-Schlusssessen ausgefallen. Ursulina Huder nimmt gerne am Ausflug teil. Stefan Schneeberger kann aus terminlichen Gründen leider nicht teilnehmen.

69.2 GGR-Firmenbesichtigung 24. September 2021

Werner Marti (SVP) macht auf die GGR-Firmenbesichtigung des Sägewerks Berger im Schwäbis am Freitag, 24. September 2021, 15.30 Uhr, aufmerksam. Die entsprechende Einladung wurde auf den Tischen verteilt. Er hofft auf eine rege Teilnahme.

69.3 Chrischtchindli-Märit 2021

Infolge Corona muss auf den traditionellen Anlass im 2021 verzichtet werden. Es ist zu hoffen, dass der Anlass im 2022 wieder durchgeführt werden kann.

69.4 GGR-Sitzung 22. Oktober 2021

Die nächste GGR-Sitzung findet am 22. Oktober 2021 statt. Sitzungsbeginn ist voraussichtlich um 17.00 Uhr.

Grosser Gemeinderat Steffisburg
Präsident 2021

Gemeindeschreiber

Michael Rüfenacht

Rolf Zeller

Protokollführerin

Marianne Neuhaus

a.o. Stimmzählerin

Stimmzählerin

Beatrice Feuz

Gabriela Hug